



**Michael H. Heinz**  
BVK-Präsident



# Regulierung versus Überregulierung

28. Juni 2024 | WKO | Velden

## Gestatten?

Wir sind seit fast 125 Jahren die berufsständische Vertretung aller hauptberuflichen und selbständigen Versicherungsvermittler in Deutschland.

Wir vertreten die Interessen von über 40.000 Vermittlerbetrieben, die über verschiedene Modelle den BVK als ihre berufspolitische Heimat sehen.

Wir verstehen uns als Unternehmerverband und treten als Arbeitgeberverband in Tarifverhandlungen auf.

Wir stützen uns auf die Arbeit von über 300 Ehrenamtlern in 16 Landesverbänden und 79 Bezirksverbänden.



## Der BVK als Maklerverband

- Mitgliederstärkster Maklerverband
- 2 von fünf Präsidiumsmitgliedern sind Makler
- Maklerbeirat mit Repräsentanten der Branche
- Arbeit der Makler-Kommission
- Makler- und Mehrfachbeauftragte in 79 Bezirksverbänden
- Interessenvertretung in zentralen Gremien und Arbeitsgruppen des Maklermarktes\_



# Regulierung

## Brüssel

- ⇒ Die Ra  
zunehm
- ⇒ Daher  
Präse  
einem
- ⇒ Besor



ander, Christian von  
Eichele (v.l.)





## Die EU: Das Bohren ganz dicker Bretter!

- Über 700 Abgeordnete
- 27 Kommissare
- Über 30.000 Mitarbeiter nur bei der Kommission
- Über 20 Ausschüsse



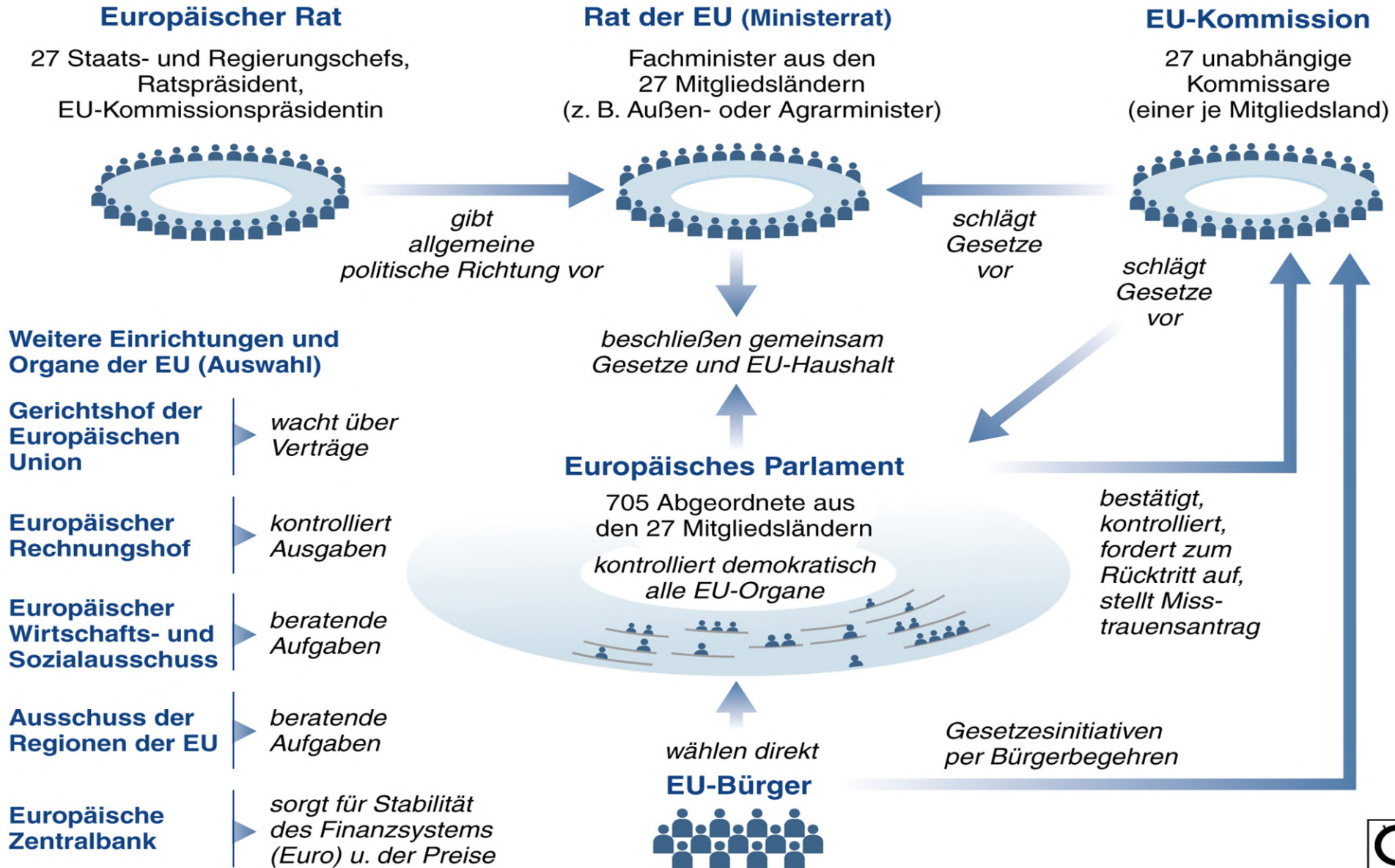
## Die EU: Das Bohren ganz dicker Bretter!

- Zahllose Themen aus **allen** Lebensbereichen
- Zahllose Dokumente, Vorhaben, Projekte
- Zahllose nationale Einflüsse, Lobbyismus, Parteipolitik, Diplomatie etc.





# Die EU auf einen Blick



# Die EU auf einen Blick

## Europäischer Rat

27 Staats- und Regierungschefs,  
Ratspräsident,  
EU-Kommissionspräsidentin



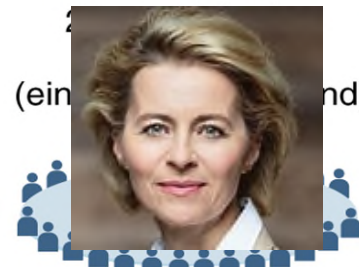
## Rat der EU (Ministerrat)

Fachminister aus den  
27 Mitgliedsländern  
(z. B. Außen- oder Agrarminister)



## EU-Kommission

28 Mitglieder  
(einer aus jedem Land)



*gibt  
allgemeine  
politische Richtung vor*

*schlägt  
Gesetze  
vor*

*schlägt  
Gesetze  
vor*

*beschließen gemeinsam  
Gesetze und EU-Haushalt*

## Europäisches Parlament

705 Abgeordnete aus  
den 27 Mitgliedsländern  
*kontrolliert demokratisch  
alle EU-Organe*



*bestätigt,  
kontrolliert,  
fordert zum  
Rücktritt auf,  
stellt Miss-  
trauensantrag*

*Gesetzesinitiativen  
per Bürgerbegehren*

*wählen direkt  
EU-Bürger*

Weitere Organe

Gerichtshof der Europäischen Union

Europäischer Rechnungshof

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Ausschuss der Regionen

Europäischer Zentralbankrat



## Welche Rechtsakte kennt die EU?

Es gibt

⇒ Verordnungen

⇒ Richtlinien

⇒ Beschlüsse

⇒ Empfehlungen und

⇒ Stellungnahmen\_

## Welche Rechtsakte kennt die EU?

⇒ Eine Verordnung

⇒ gilt unmittelbar und verbindlich

⇒ sie muss daher nicht mehr in nationales Recht umgesetzt werden

⇒ Eine Richtlinie, muss hingegen von den nationalen Parlamenten durch eigene innerstaatliche Gesetze umgesetzt werden\_



## Welche Rechtsakte kennt die EU?

⇒ auch **Beschlüsse** sind verbindliche Rechtsakte

⇒ betreffen aber nur einen Adressaten

⇒ **Empfehlungen** und **Stellungnahmen** sind nicht für die  
Mitgliedsstaaten verbindlich\_

## Überblick über anstehende rechtlichen Rahmenbedingungen aus Brüssel

1. EU-Kleinanlegerstrategie (RIS)
2. DORA
3. FIDA
4. Nachhaltigkeitsthemen (Green Deal/Green Finance Strategy)
5. viele weitere Projekte wie Open Insurance oder Datenschutz
6. Künstliche Intelligenz (KI-Gesetz „EU AI Act“)

# Klare Mehrheit für KI-Gesetz

Die EU will mit dem AI Act den Maßstab für vertrauenswürdige KI setzen. Kritiker warnen, dass sie die Entwicklung der Technologie so ausbremst.

Von Hendrik Kafsack,  
Brüssel

**A**n der Zustimmung des Europäischen Parlaments zum EU-Gesetz für Künstliche Intelligenz gab es keine ernsthaften Zweifel mehr. Dennoch fiel das Ergebnis der Abstimmung am Mittwoch in Straßburg überraschend klar aus: 523 Abgeordnete stimmten für das meist englisch „AI Act“ abgekürzte Gesetz, 46 dagegen, und 49 enthielten sich. Da der Ministerrat das Gesetz schon Anfang Februar angenommen hat, steht dem Inkrafttreten somit nichts mehr im Weg. Es gilt vom Frühjahr 2026 an. Brüssel setzt aber darauf, dass die Unternehmen die zentralen Punkte des Gesetzes schon davor freiwillig einhalten. „Europa wird zum globalen Maßstab für vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz“, kommentierte der zuständige EU-Kommissar Thierry Breton.

Mit dem Gesetz will die EU die Voraussetzung dafür schaffen, dass in Europa ein verlässliches Umfeld für die Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) entsteht, ohne dass die Rechte der Bürger beschnitten werden. Die Europäische Kommission hat dafür 2021 einen Ansatz gewählt, der die Entwickler möglichst wenig einschränken soll. So sieht der AI



Abstimmung: Die Europäische Union setzt auf Regeln für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz.

Foto: AP

Versicherungen oder Krediten entscheiden und den Ausgang von Wahlen beeinflussen können. Auch das autonome Fahren gilt als Hochrisikoawendung.

Die Daten, mit denen solche KIs versorgt werden, müssen so ausgewählt sein, dass niemand benachteiligt wird. Sie dürfen keine Informationen über Besten-

In diesem Punkt hatten Deutschland und Frankreich Bedenken angemeldet. Sie fürchten, dass ihre Vorzeigunternehmen Mistral und Aleph Alpha ausgebremst werden können. Das Gesetz enthält deshalb nun einige Ausnahmen. Wie sich die auswirken werden, ist aber unklar.

Die Polizei und andere Sicherheitsbehörden dürfen KI-basierte Gesichtserkennung an öffentlichen Orten nur nutzen, wenn eine richterliche Anordnung vorliegt. Bei aufgezeichneten Videos dürfen die Behörden KI aber zur Fahndung bei schweren Straftaten nutzen. Bei der

## Berlin ist auch beim EU-Zwangsarbeitsgesetz isoliert Wirkung des „German Vote“ verpufft in Brüssel

hmk, BRÜSSEL. Peinlicher hätte die Abstimmung über die EU-Richtlinie zur Plattformarbeit am Montag für die Bundesregierung kaum enden können. Darin waren sich in Brüssel beinahe alle Beobachter einig. Nur Deutschland und Frankreich verweigerten im Ministerrat die Zustimmung zu dem Gesetz, das Fahrern und Lieferanten von Uber und anderen Plattformen mehr Rechte verschafft. Da die FDP sich wie beim Lieferkettengesetz querstellte, musste Deutschland sich enthalten. Am Ende könnte es sogar isoliert sein. Frankreich deutete nach dem Ministerrat an, beim noch ausstehenden finalen Votum doch mit Ja zu stimmen.

Nur zwei Tage später, am Mittwoch, wiederholten sich die Ereignisse mit allenfalls leicht veränderten Vorzeichen. Auch bei der Aussprache der EU-Botschafter über die in der vergangenen Woche erzielte Trilog-Einigung mit dem Europaparlament über ein Einfuhrverbot für Produkte aus Zwangsarbeit musste sich der deutsche Vertreter enthalten, sprich auf deutsche Art abstimmen. Im Brüsseler Jargon hat sich der Begriff „German Vote“ als Synonym für die Enthaltung etabliert. Grund war auch in diesem Fall, dass die FDP in der Bundesregierung das Vorhaben nicht mitträgt. Wieder einmal war Deutschland weitgehend isoliert. Nur Lettland stimmte gegen das Gesetz, das vor allem auf von chinesischen Zwangsarbeitern in Xinjiang gefertigte Produkte abzielt. Neben Deutschland enthielt sich Ungarn. Der Weg für das Gesetz war damit frei.

Von einer Blamage sprach anschließend die Europaabgeordnete der Grünen Anna Cavazzini: „Ein German Vote bei der Bekämpfung von moderner Sklaverei ist überaus beschämend und der Höhepunkt einer Reihe von

gemeinsame Position einigen kann. „Wir berauben uns damit der Möglichkeit, frühzeitig Einfluss auf wichtige Vorhaben zu nehmen“, heißt es. Beim Lieferkettengesetz, der Plattformarbeit, der Zwangsarbeit oder im vergangenen Jahr beim Verbrenner-Verbot ging es jedoch um etwas anderes: Hier verweigerte die Bundesregierung am Ende des Gesetzgebungsprozesses ihre Zustimmung zu einem von EU-Ministerrat und Europaparlament ausgehandelten Kompromiss. Was bis vor wenigen Monaten als Formsache galt, die Bestätigung eines solchen Kompromisses, „wird damit zur Zitterpartie“, beklagt Cavazzini. Vor allem, sagen Diplomaten, gefährde es das übliche Brüsseler Gesetzgebungsverfahren, wenn ständig Trilog-Einigungen nachträglich infrage gestellt werden.

Für Deutschland geht es dabei auch um die Reputation. Dass Länder wie Ungarn oder auch Italien ihre Position in letzter Minute ändern, sei eine Sache, heißt es in Brüssel. Wenn das ein zuverlässiger Staat wie Deutschland tue, sei das jedoch etwas anderes. Das gelte erst recht, wenn der Widerstand wie bei den Gesetzen zur Plattformarbeit oder der Zwangsarbeit wirkungslos verpuffe und nur der innenpolitischen Profilierung der FDP diene, sagen auch deutsche Vertreter.

Die spannende Frage dürfte nun sein, wie sich die Dinge beim Lieferkettengesetz entwickeln. Hier hat die von der FDP erzwungene deutsche Enthaltung bisher dazu geführt, dass das Vorhaben im Ministerrat blockiert ist. Die belgische EU-Ratspräsidentschaft setzt aber nach wie vor alles daran, die Blockade doch noch vor der Europawahl aufzubrechen. In der vergangenen Woche hat sie einen neuen Kompromissvorschlag vorgelegt, der deutlich auf



# Was das Europäische Parlament von der KI-Gesetzgebung erwartet

Die in der EU eingesetzten KI-Systeme sollen

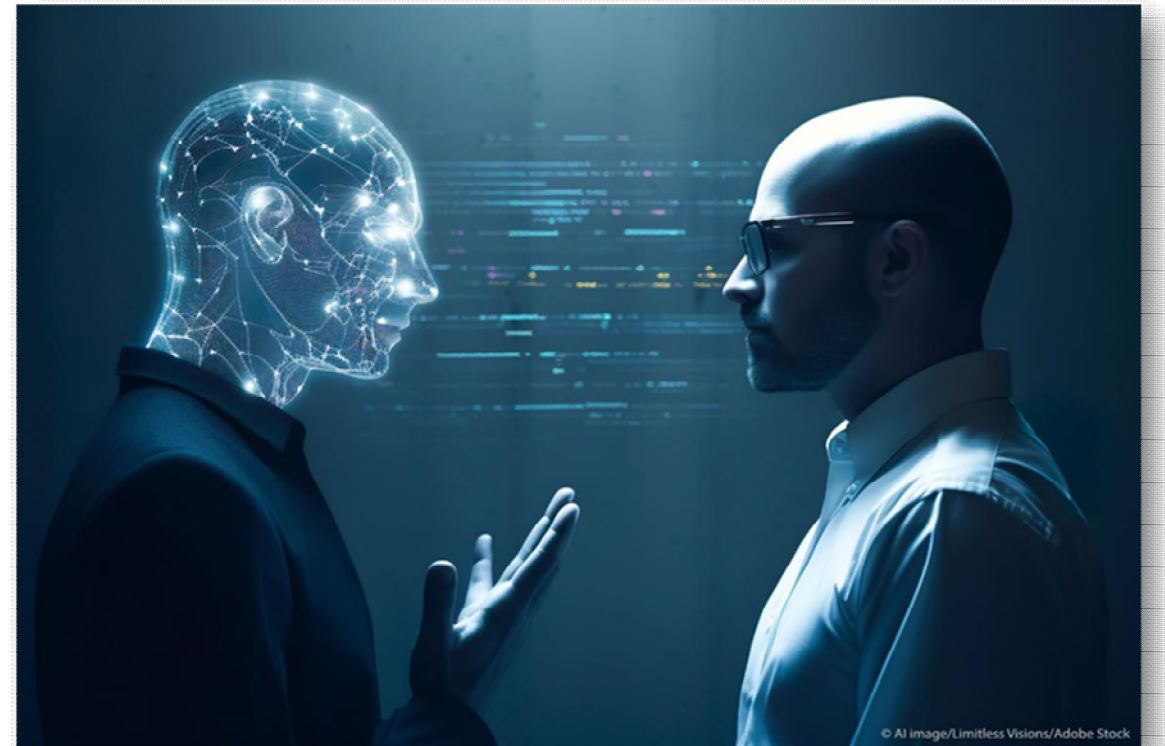
- sicher
- transparent
- nachvollziehbar
- nicht diskriminierend
- umweltfreundlich

sein\_



## Was das Europäische Parlament von der KI-Gesetzgebung erwartet

KI-Systeme sollen  
von Menschen überwacht werden,  
um schädliche Ergebnisse  
zu verhindern.



Quelle: [www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

## Das KI-Dilemma der EU: Innovation oder Überregulierung?



## Grundsätzliche Abwägung bei Regulierung

- **Potenziell positive Wirkungen**

  - Schutzbedürfnisse von Bürgern, Unternehmen, Staat

  - Schutz der Wettbewerbsfähigkeit

  - Schutz eines funktionierenden Marktes

- **Potenziell negative Wirkungen**

  - Behindernde Eingriffe in den Markt

  - Ineffiziente Übernahme von Aufgabendurch Aufsicht/Staatsorgane

  - Behinderung kreativer Problemlösungen

  - Innovationsfeindlichkeit

  - Einschränkung der Handlungsfreiheit von Individuen und Gruppen

## Beispiel Kleinanlegerstrategie

- ⇒ Teil eines gemeinsamen Aktionsplanes, der sogenannten Europäischen Kapitalmarkt Union (CMU)
- ⇒ soll zur Harmonisierung der Finanzmärkte beitragen
- ⇒ Ziel: Schaffung eines grünen, digitalen und widerstandsfähigen wirtschaftlichen Raums in Europa
- ⇒ Privatanleger und andere Investoren sollen zu langfristigem Sparen und Investieren angeregt werden\_



## Kleinanlegerstrategie

- ⇒ man will grenzüberschreitende Hindernisse zur Integration der nationalen Kapitalmärkte abbauen
- ⇒ auch das PEPP – sogenanntes Pan European Pension Product – ist ein derartiges europäisches Basis-Produkt
- ⇒ derzeit liegt der Entwurf der Europäischen Kommission zur Kleinanlegerstrategie vom 24.05.2023 vor
- ⇒ er gilt derzeit nur für Versicherungsanlageprodukte, aber eine Ausstrahlung auf alle weiteren Versicherungsprodukte in der Zukunft ist absehbar und erwartbar.

## Ziele der Kleinanlegerstrategie

- ⇒ Verbesserung der Informationen über Anlageprodukte
- ⇒ Vergleichbarkeit der Kosten durch Standardisierung
- ⇒ Angebot eines angemessenen Preis-Leistungsverhältnisses („Value for Money“)
- ⇒ Verantwortung der Anbieter für Marketingmitteilungen
- ⇒ Hohe Qualifikation für Finanzberater (über 40 Std./Jahr?)
- ⇒ Umfassendere Berichts- und Dokumentationspflichten
- ⇒ Das ganz große Fass: Provisionsverbot\_

## BVK sieht sich bestätigt: ECON-Ausschuss erteilt Provisionsverbot Absage



Der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) begrüßt, dass gestern (20.3.2024) der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments (ECON) zur EU-Kleinanlegerstrategie (Retail Investment Strategy – RIS) tagte und mit 32 zu 21 Stimmen die Einführung von EU-weiten Provisionsverboten ablehnte.

„Darüber sind wir sehr froh, denn es drohte der Entzug der Existenzgrundlage für Versicherungsvermittler in Deutschland“, sagt BVK-Präsident Michael H. Heinz. „Der ECON-Ausschuss sprach sich vielmehr dafür aus, die Koexistenz verschiedener Vergütungssysteme bei der Anlageberatung aufrecht zu erhalten. Damit haben weiterhin die Kunden in Deutschland die Möglichkeit, hochwertige Beratungsleistungen der Vermittler in Anspruch zu nehmen, ohne zwingend Honorare bezahlen zu müssen.“

## Provisionsverbot

- ⇒ Aktuelle Lage: kein generelles Provisionsverbot
- ⇒ Bestätigung durch BVK-Gutachten von  
Prof. Dr. Brömmelmeyer
- ⇒ Es kommt entscheidend auf die Dienstleistung an und nicht auf den  
Status des Maklers!



## Bewältigung potenzieller Interessenkonflikte

- ⇒ Schutz der Kleinanleger vor irreführenden Marketing-Praktiken, in denen sichergestellt wird, dass Finanzintermediäre in vollem Umfang für die Nutzen ihrer Marketingmitteilungen verantwortlich sind, auch wenn diese über soziale Medien oder Dritte verbreitet werden
- ⇒ Gesamtbeurteilung: Gut gemeinte, aber nicht gut gemachte Überregulierung!

## Unsere Positionierung:

- Regulierung: berufspolitisch **inakzeptabel**
- Es gibt **keine** Fehlanreize durch zu hohe Provisionen.
- Die unterstellten Interessenkonflikte sind überwiegend ideologisch, nicht faktenorientiert begründet!
- **Unnötig**, es könnte bereits jetzt im Rahmen des § 48a VAG aufsichtsrechtlich gehandelt werden
- Ein Eingriff in die aktuellen Vergütungsmodelle ist **nicht nachhaltig**, weil Lasten auf die kommenden Generationen verteilt werden.



**Diese „kleine“ Auswahl zeigt:  
Zu viel ist zu viel!**

## Das öffentliche Ansehen

Weiterhin ein eklatanter Bruch zwischen Nah- und Fernbild:

- ⇒ Eine große persönliche Zufriedenheit mit dem eigenen Vermittler, aber gleichzeitig
- ⇒ eine eindeutig negative Haltung gegenüber dem Berufsstand!\_

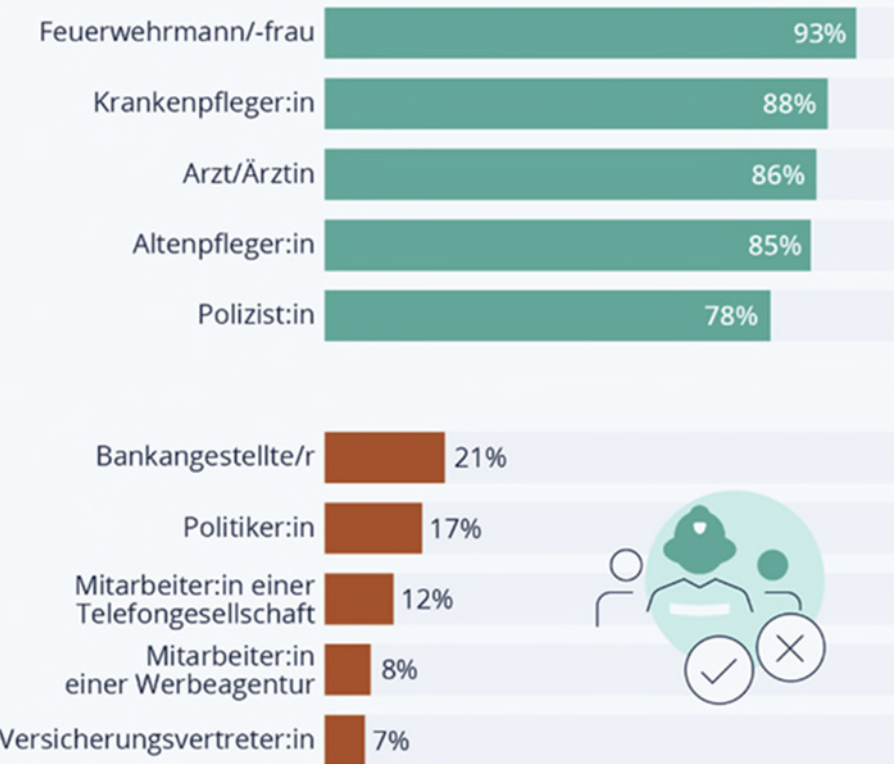


## Attraktivität des Berufsbildes

- ⇒ Nach wie vor ein alarmierendes Signal für unsere Zukunftsfähigkeit!
- ⇒ Die Steigerung der Attraktivität unseres Berufsbildes wird noch stärker unsere Aufgabe werden!
- ⇒ Wo sind die Mitstreiter in der Branche? \_

### Feuerwehr hui, Werbung pfui

Anteil der Befragten, die folgenden Berufen ein sehr hohes bzw. hohes Ansehen zuordnen



2.006 Befragte (ab 14 Jahren) in Deutschland; Juli 2022  
 Quelle: dbb/forsa



Quelle: Statista

## Vertreter haben treue Kunden



©B. Wylezich / Fotolia

*Kunden von Vertretern und Versicherungsmaklern sind besonders zufrieden mit der Betreuung durch ihre Vermittler. Die Beratung durch einen Online-Kanal stellt nicht einmal jeden Dritten zufrieden, wie eine Studie zeigt.*

Das Marktforschungsunternehmen Yougov untersuchte in der Studie "Kundenmonitor Assekuranz" welche Rolle Vermittler für ihre Kunden spielen. Die Ergebnisse zeigen dass trotz fortschreitender Digitalisierung der persönliche Kontakt eine wichtige Rolle spielt.

### YouGov

- 69% bewerten Vermittler „Sehr gut“ oder „ausgezeichnet“
- 33% sind mit Beratung bei Direktversicherungen zufrieden



Jedes Jahr das gleiche Ergebnis:  
Über Vermittler gibt es **quasi keine  
Beschwerden!**



# Überregulierung



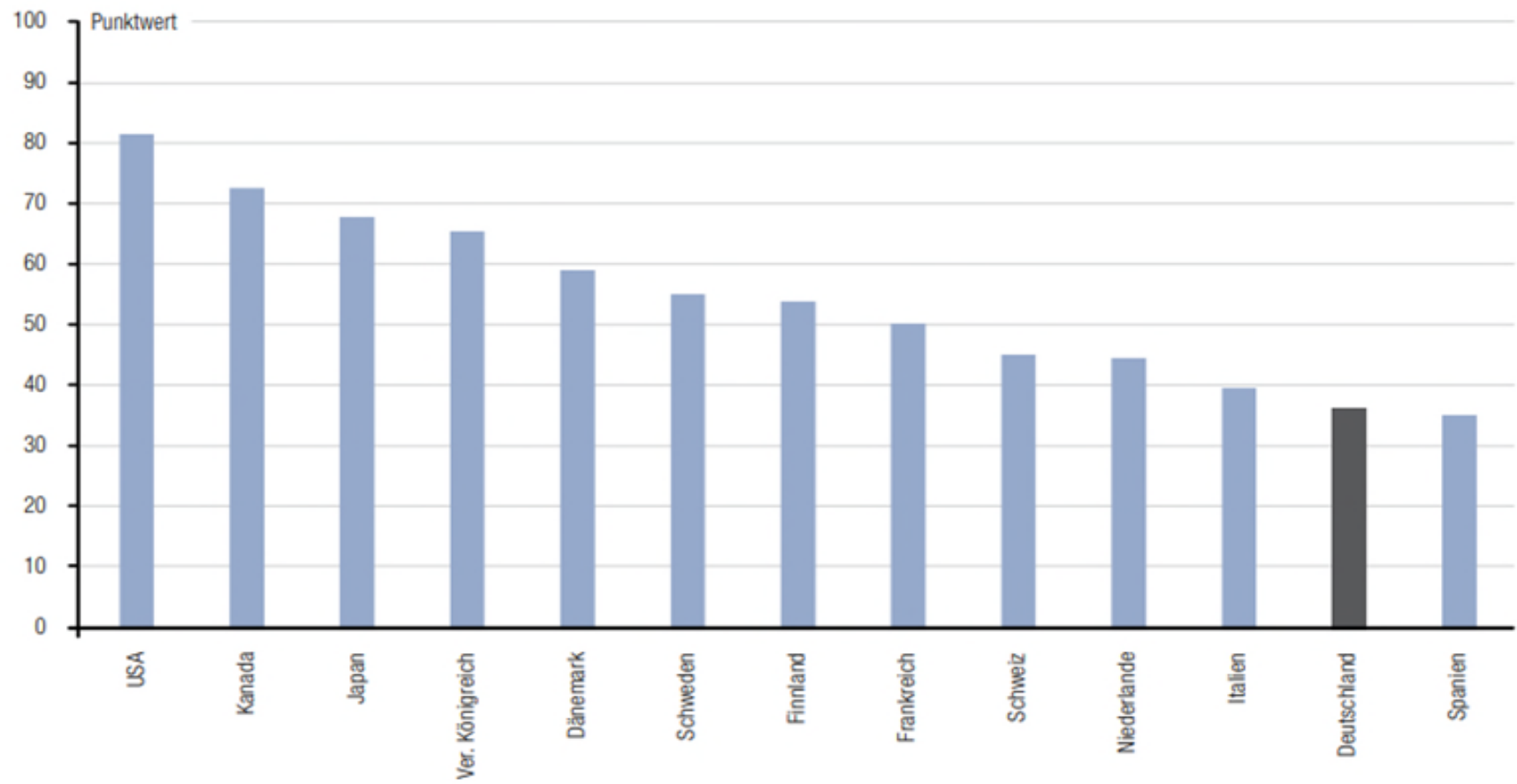
~~BÜROKRATIE~~

Freiräume schaffen.

### Abbildung 1: Deutschland ist ein Hochbürokratieland

Subindex „Regulierung“ des Länderindex Familienunternehmen.  
Je höher der Punktwert, desto besser das Abschneiden (Werte zwischen 0 und 100 möglich).

Quelle: Stiftung Familienunternehmen (2023).



## Zu viel von:

- ⇒ Regularien
- ⇒ Vorschriften
- ⇒ Dokumentationsvorgaben
- ⇒ Berichtspflichten
- ⇒ Standortnachteil für EU

## Was wir brauchen:

⇒ Einsicht der Politik

⇒ Regulierungsmoratorium

a) in Brüssel

b) in Berlin

c) in Wien... ???



## Was wir brauchen:

- ⇒ Planungssicherheit für Unternehmer und Unternehmen
- ⇒ Vertrauen in den Rechtsstaat
- ⇒ Erhöhung von Anreizen
- ⇒ Reduzierung von Regularien
- ⇒ Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit

## Was wir brauchen:

- ⇒ Rücknahme der Staatsaufgaben
- ⇒ Verzicht auf Detailgerechtigkeit
- ⇒ Keine Regulierungswut
- ⇒ Kein „informeller und regulatorischer Overkill!“

A 3D perspective view of a white grid of squares, creating a sense of depth and texture. The squares are arranged in a regular pattern and recede into the distance.

# **Forderungen der Vermittler**

**Die Versicherungsvermittler fordern eine deutliche Entbürokratisierung, um die Belastung für die Vermittlerbetrieb auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.**

**Die Vermittler fordern bis zum Abschluss der Evaluierung der IDD ein Regulierungsmoratorium, da die Belastungsgrenze auch für dem Hintergrund der zahlreichen umzusetzenden EU-Verordnungen erreicht ist.**



**Die Vermittler fordern von den Entscheidungsträgern in Politik und Verbraucherschutz, den wichtigen sozialpolitischen Auftrag der Vermittler als Lotsen bei der Absicherung von Lebensrisiken ihrer Kunden anzuerkennen.**

A 3D perspective view of a white grid of squares, creating a sense of depth and texture. The squares are arranged in a regular pattern, and the lighting creates soft shadows between them, giving it a three-dimensional appearance.

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**